

Niederschrift
über die Sitzung des Seniorenrates
am 21.06.2017

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 09:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 13:15 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Aubke
Frau Dehmel
Herr Donath
Herr Haberkorn
Herr Heine
Frau Huber
Frau Koch
Herr Kohlmeier

Vorsitzender

Herr Link
Frau Schmidt
Herr Wilker

Als Vertretung für Frau Uff-
mann

Als Vertretung für Herrn Voß

Als Vertretung für Herrn Dr.
Tiemann

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Drake
Frau Krögel
Frau Sielemann
Frau Wiemers

Als Vertretung für Herrn Heine

Beratende Mitglieder

Frau Brinkmann
Herr Dr. Friedrich
Herr Hölscher
Herr Möller

BfB - Fraktion
AG Wohlfahrtsverbände
Fraktion -Die Linke-
SPD Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Prast

BfB - Fraktion

Frau Sonnenberg
Herr Yildirim

SPD - Fraktion
Integrationsrat

Gäste

Frau Vogt

Herr Struck

Netzwerk lesbischer u. schwu-
ler Gruppen in Bielefeld e.V.
Netzwerk lesbischer u. schwu-
ler Gruppen in Bielefeld e.V.

Verwaltung

Herr Bergen

Frau Buddemeier
Frau Bueren

Herr Hagedorn
Frau Isfendiyar

Herr Litke

Herr Markus

Frau Petzold

Frau Schönemann

Büro für Integrierte Sozialpla-
nung und Prävention
Gleichstellungsstelle
Büro für Integrierte Sozialpla-
nung und Prävention
Bauamt
Kommunales Integrationszent-
rum
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für Schule

Schriftführung

Herr Puller

Amt für soziale Leistun-
gen - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet um Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt 18.1, Wahl von neuen Mitgliedern im Stadtentwicklungsausschuss.

Der Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Seniorenrates am 17.05.2017

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Seniorenrates am 17.05.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Spendenbescheinigung

Vorsitzender Herr Dr. Aubke, verweist auf eine Mitteilung der Landesseniorenvertretung, dass die Kommunen für Spenden an die Seniorenvertretung auch Spendenbescheinigungen auf Wunsch ausstellen könnten.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Sondersitzung des Seniorenrates am 12.07.2017

Vorsitzender Herr Dr. Aubke teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte für die Sondersitzung über die Leiter der einzelnen Arbeitskreise bis zum 30.06.2017 an den Vorsitz eingereicht werden sollen.

Folgende Tagesordnungspunkte sind bisher geplant:

- kritischer Rückblick auf die bisherige Arbeit
- Ausblick auf zukünftige Aufgaben
- Schreiben von Frau Sonnenberg an den Vorsitz

Eine Einladung mit weiterführenden Angaben würde zeitnah gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Arbeitsgruppe Altenbericht

Vorsitzender Herr Dr. Aubke stellt die Mitglieder der Arbeitsgruppe Altenbericht vor:

- Vorsitz des Seniorenrates
- Frau Meister
- Frau Schmidt
- Frau Wiemers
- Herr Heine
- Herr Scholten

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Bielefeld als Einwanderungsstadt

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die Aktion Bielefeld als Einwanderungsstadt. Diese würde am 07.09.2017 stattfinden; eine Einladung folge.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Sparkasse Bielefeld

Nach einer Mitteilung von Herrn Kaleschke, Sparkasse Bielefeld, würde sich bei der Sparkasse Bielefeld nun eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Schulungsprogrammes für Senioren zu dem Thema Onlinebanking befassen, berichtet Vorsitzender Herr Dr. Aubke.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Leben, Wohnen, Vorsorgen

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die ausgelegte Broschüre.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Woche der Pflegenden Angehörigen

Frau Bueren verweist auf die Woche der Pflegenden Angehörigen und den ausgelegten Flyer.

-.-.-

Zu Punkt 3.8 Kulturangebote Menschen mit Demenz

Frau Bueren verweist auf den Flyer für die Kulturangebote Menschen mit Demenz, dieser werde auch ausgelegt.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

- es liegen keine Anfragen vor -

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

-.-.-

Zu Punkt 5.1 Konzept für die Versorgung mit öffentlichen barrierefreien Toiletten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4895/2014-2020

Vorsitzender Herr Dr. Aubke stellt den Antrag formal zur Abstimmung. Der Seniorenrat fasst dann folgenden

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, in die laufenden Haushaltsberatungen für 2018 einen Betrag von 50.000 € für die Konzeptentwicklung zu einer adäquaten Versorgung mit öffentlichen Toiletten sowie eine Etatisierung über 100.000 € für die Umsetzung dieses Konzeptes mit jährlicher Fortschreibung einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Haushaltsplanberatungen 2018

-.-.-

Zu Punkt 6.1 Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4879/2014-2020

Herr Markus erläutert die allgemeinen und insbesondere die seniorenrelevanten Kosten im Haushaltsplan.

Fragen im Anschluss von Frau Huber, zu den Themen Veränderung in der Soll und Ist Planung in der Produktgruppe 11.01.66, Berücksichtigung von Lohnsteigerungen in den Planungen des Haushaltes, werden beantwortet.

Im Anschluss daran fasst der Seniorenrat folgenden

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen (Anlage 1) im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Ertrags- erhöhung um	Ertrags- reduzierung um	Aufwands- erhöhung um	Aufwands- reduzierung um
11.01.66 - SGA, Seniorenrat, Beiräte	0 €	0 €	0 €	0 €
11.05.01 - Grundsicherung für Arbeit	5.502.738 €	0 €	0 €	463.830 €
11.05.02 - Sicherung des Lebensunterhalts	0 €	15.023.740 €	0 €	10.155.949 €
11.05.03 - Besondere soziale Leistungen	2.153.500 €	0 €	0 €	1.071.500 €
Amt für soziale Leistungen insgesamt	7.656.238 €	15.023.740 €	0 €	11.691.279 €

Die betragsmäßigen Auswirkungen der Stellenplanänderungen (Anlage 3) und der Veränderungen außerhalb des Stellenplans durch überplanmäßiges Personal (Anlage 4) wurden bereits in den Teilergebnisplänen berücksichtigt.

2. Den Teilfinanzplänen A und B der Produktgruppen 11.05.01 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen (Anlage 2) im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt.

Produktgruppe	Erhöhung der investiven Einzahlungen	Reduzierung der investiven Einzahlungen	Erhöhung der investiven Auszahlungen	Reduzierung der investiven Auszahlungen
11.05.01 - Grundsicherung für Arbeit	0 €	240.900 €	0 €	330.000 €

3. Dem Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird unter Einbeziehung der in der Anlage 3 aufgelisteten Veränderungen, die Bestandteile dieses Beschlussvorschlages sind, im Vergleich zum beschlossenen Stellenplan 2017 zugestimmt.

4. Dem im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2017 in der Anlage 4 aufgeführten zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf wird zugestimmt.

5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

6. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste dargestellten Anpassungen (Anlage 5) zugestimmt.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Haushaltsplan 2018 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 4887/2014-2020

Herr Bergen stellt kurz die wesentlichen Punkte des Haushaltsplanes vor.

Fragen von Frau Dehmel, Frau Schmidt und Frau Huber, zu den Themen Annahme Sport für Kids, „Sport für Kids“ auch für ältere Menschen, werden im Anschluss an den Vortrag beantwortet.

Im Anschluss daran fasst der Seniorenrat folgenden

Beschluss

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat zu empfehlen den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Ertragserhöhung um	Ertragsreduzierung um	Aufwandserhöhung um	Aufwandsreduzierung um
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	0 €	1.191.600 €	0 €

2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppe „Integrierte Sozialplanung und Prävention“

wird unter Berücksichtigung folgender Veränderung im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Erhöhung der investiven Einzahlungen	Reduzierung der investiven Einzahlungen	Erhöhung der investiven Auszahlungen	Reduzierung der investiven Auszahlungen
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	0 €	0 €	0 €

3. Dem im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2017 zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf wird in folgendem Umfang zugestimmt:

Aufgabengebiet	Bewertung (vorläufig)	Stellenanteil	Mehraufwand €/ Refinanzierung €
Sachbearbeiter/in Quartiersentwicklung	E11	+0,2	Begleitung des Landesprojektes „Einwanderung gestalten NRW“. Die Personalaufwendungen (2018: 12 T€, 2019: 3 T€) werden für die zweijährige befristete überplanmäßige Aufstockung des Stellenanteils um 0,2 durch eine Erstattung des Landes aufgefangen.

4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 7 Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4770/2014-2020

Frau Isfendiyar erläutert das Lokale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Radikalismus. Die wesentlichen Ziele des Konzeptes seien:

- Erstellen eines Handlungskonzeptes für Bielefeld
- Einrichtung einer Fachstelle
- Netzwerk Jugendliche gegen Rassismus

- Aktiv werden gegen Rassismus

Fragen von Frau Huber, Frau Sonnenberg, Vorsitzenden Herrn Dr. Aubke, Herrn Link und Herrn Prast, die sich aus einer im Anschluss stattfindenden Diskussion ergaben, zu Themen:

- Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen
- Antisemitismus bei u.a. Flüchtlingen
- Öffentliche Bekanntmachung des Handlungskonzeptes
- Ursachen der Entwicklung
- Städtebauliche Verantwortung, Verantwortung der Schulen
- Berücksichtigung von Linksextremismus

wurden beantwortet.

Mit dem Förderprogramm „NRWetoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ bietet das Land NRW Kreisen und kreisfreien Städten Unterstützung bei der Erstellung bzw. Weiterentwicklung bestehender kommunaler Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Der Förderaufruf des Landes richtet sich gleichermaßen an Kommunen mit und ohne entwickelte Praxis der Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Allen Kreisen und kreisfreien Städten sollen neue bzw. zusätzliche Handlungsoptionen eröffnet werden.

Der Rat der Stadt Bielefeld hat mit dem Beschluss sein Interesse an dem Förderaufruf „NRWetoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW bekundet. Die Verwaltung wurde beauftragt auf dieser Grundlage lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln und umzusetzen.

- Der Seniorenrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8

Konkretisierung der Planungen zum Hochbahnsteig am Klinikum Mitte

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4756/2014-2020

Herr Helmer stellt die wesentlichen Punkte bzw. Veränderungen anhand eines aktuellen Lageplanes (**Anlage 1**) vor. Hier ist besonders hervorzuheben, dass eine zweite Rampe berücksichtigt wurde und zwei Bushaltestellen nun berücksichtigt sind. Es wurden ebenso das Ärztehaus und das Parkhaus in den Plänen mit berücksich-

tigt.

Im Anschluss daran fasst der Seniorenrat folgenden

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss möge beschließen:

Die im Rahmen der Entwurfsplanung vorgenommenen Änderungen sollen dem weiteren Verfahren zugrunde gelegt werden.

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

Zu Punkt 9

Fahrbahnmarkierung auf innerstädtischen Straßen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4865/2014-2020

Seniorenrat, Sitzung vom 14.12.2016

Drucksachen-Nr. 4104/2014-2020

Herr Schäffer ist für Fragen des Seniorenrates zu dem o.g. Antrag offen, die sich aus der Beratungsgrundlage ergeben.

Herr Heine liest folgende Erläuterungen zu dem Antrag des Seniorenrates und der Beratungsgrundlage vor:

„Dank für die ausführliche Informationsvorlage. Wir sind ja nicht gewohnt, dass Anfragen des Seniorenrates im Stadtentwicklungsausschuss überhaupt bearbeitet werden.

In der Vorlage wird darauf verwiesen, dass die von uns vorgelegte Liste nur beispielhaft ist, das Problem der Fahrbahnmarkierungen sich also auf das ganze Stadtgebiet bezieht. Darum geht es uns, nicht um einzelne Straßen.

Die Vorlage erweckt insgesamt den Eindruck, als sei alles in bester Ordnung oder Markierungen seien weitgehend überflüssig. Dass der Antrag des Seniorenrates das Sicherheitsgefühl von älteren Menschen als Autofahrer im Auge hat und durch deutlich sichtbare Fahrbahnmarkierungen (besonders bei Dunkelheit und regennassen Straßen) stärken will, wird hier an keiner einzigen Stelle erwähnt und berücksichtigt.

In der Vorlage wird durchgehend der Eindruck erweckt, als bestehe an keiner einzigen Stelle Handlungsbedarf. Das fadenscheinige Argument ist, dass man durch den Bericht auf Mittellinien „das Ge-

schwindigkeitsniveau so gering wie möglich halten“ will (auch auf mind. 5,50 m breiten Fahrbahnen), auf Kosten der Sicherheit der auf Orientierung angewiesenen Autofahrer. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass dieses Argument nur vorgeschoben ist, um Kosten zu Ungunsten der Sicherheit zu sparen oder gar das Nichtstun zu entschuldigen.

Es ist doch ganz klar, dass durch eine Kombination von bei jeder Witterung deutlich sichtbaren Seiten- und Mittelmarkierungen (vgl. Autobahn) die größte Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer besteht. Wenn beide Markierungen nicht bezahlbar sind (Haushaltseinsparungen auf Kosten der Sicherheit), dann müsste überall wenigstens eine Markierung angebracht werden.

Ich kann hier nicht auf jede in der Vorlage genannte Straße eingehen. Dass man aber in der Schloßstraße (in Schröttinghausen), da sie wegen ihrer Breite von 4,50 m als „Wirtschaftsweg“ eingeordnet wird, ganz auf eine Markierung verzichtet und die Autofahrer immer wieder über die Ränder und Rasenflächen fahren, spottet jeder Rücksicht auf die Sicherheit.

Das sogenannte „Aufbruch Management“ scheint mehr als nachsichtig zu sein, denn nach Straßenaufbrüchen werden Markierungen so gut wie nie erneuert.

Es hätte dem Amt für Verkehr gut angestanden, wenn es hier wenigstens auf eine einzige Stelle hätte hinweisen können, dass es im Sinne des Antrags im letzten halben Jahr tätig geworden wäre.

Resümee:

Es entsteht der makabre Eindruck, dass Anliegen älterer Menschen in Bielefeld nicht ernst genommen werden – das nun schon sechs Jahre währende Ringen um öffentliche Toiletten ist dafür ein eklatanter Beleg – und die Verwaltung nur darauf bedacht ist, nichts zu tun und Sicherheitsbedenken mit angeblichen oder auch wirklichen Verwaltungsvorschriften unter den Tisch zu kehren“.

Herr Schäffer schildert sodann, dass sich die Verwaltung an die bestehenden Vorschriften zu halten habe und Studien belegen würden, dass auf Fahrbahnen ohne Markierungen, die Unfallzahlen deutlich abgenommen bzw. sich die Geschwindigkeiten reduziert hätten. In Tempo 30 Zonen dürften keinerlei Markierungen angebracht werden.

Herr Heine äußert sich dann dahingehend, dass es hier um die Sicherheit in erster Linie ginge und die Frage auch sei ob es sich bei den betreffenden Vorschriften um eine kann oder muss Vorschrift handle.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke schlägt vor, dass sich hiermit der AK Stadtentwicklung und Verkehr befassen solle, um einen defizitorientierten Antrag neu zu formulieren.

Hier sollen Herr Schäffer vom Amt für Verkehr und Vertreter von

der Straßenverkehrsbehörde mit hinzugezogen werden.

- Der Seniorenrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4850/2014-2020

Frau Buddemeier stellt zusammen mit Frau Vogt und Herrn Struck den Aktionsplan anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) kurz vor. Die Umsetzung der insgesamt 75 Maßnahmen ist in 69 Maßnahmen ohne zusätzliche Kosten für die Verwaltung umsetzbar. Für 6 Maßnahmen wären zusätzliche Kosten aufzuwenden. Dies gestaltet sich anhand der Haushaltssituation der Stadt Bielefeld als äußerst schwierig. Auf die unzureichende Entschädigung der Opfer des § 175 und die noch vorhandenen Schwierigkeiten der Akzeptanz von Schwulen und Lesben wird besonders hingewiesen.

Im Anschluss daran werden im Rahmen einer Diskussion Fragen von Frau Dehmel, Frau Sonnenberg, Herrn Prast, Herrn Link und Herrn Heine zu den Themen:

- Definition LSBTI*
- Abstimmung mit den christlichen Kirchen
- Einbindung der hier lebenden Muslime

ausführlich beantwortet.

Frau Huber weist darauf hin, dass sich im Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI*“ in Bielefeld für 6 von 75 Maßnahmen eine Finanzierungslücke in Höhe von 98.000,- € entstehe.

Im Aktionsplan seien 75 Maßnahmen aufgeführt, die die tatsächliche Gleichstellung der LSBTI* spürbar und nachhaltig verbessern würden, um damit deren Akzeptanz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen. Auch von dem Seniorenrat vertretene Bürgerinnen und Bürger seien diesem Personenkreis zuzuordnen, so dass diese von den Maßnahmen profitieren. Die Finanzierung von 69 Maßnahmen erfolge durch dezernatsübergreifende Aktivitäten und/oder durch Durchführung der Maßnahmen über mehrere Jahre. Somit verblieben 6 Maßnahmen, die im Wesentlichen den unverzichtbaren personellen Bereich betreffen. Damit das Ziel des Aktionsplanes erreicht werden könne, sei die Bereitstellung des Betrages von 98.000,- € im Haushaltsplan 2018

zwingend erforderlich.

Frau Huber schlägt daher folgenden Beschluss vor:

„Der Seniorenrat beschließt, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt, dass die für die Umsetzung der im Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI in Bielefeld“ notwendigen Finanzmittel für die bislang nicht finanzierten sechs Maßnahmen in Höhe von 98.000,00 Euro in den Haushalt 2018 eingestellt werden.“*

Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet die Anwesenden um Abstimmung.

Beschluss:

Der Seniorenrat beschließt, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt, dass die für die Umsetzung der im Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“ notwendigen Finanzmittel für die bislang nicht finanzierten sechs Maßnahmen in Höhe von 98.000,00 Euro in den Haushalt 2018 eingestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Wohnungsmarktbarometer 2017

Herr Hagedorn beschreibt die wichtigen Aspekte des Wohnungsmarktbarometer 2017 und hebt die Neuerungen bzw. Veränderungen besonders hervor (**Anlage 3**).

Auf Nachfrage von Herrn Link, wer mit dem Begriff Akteure gemeint sei, erläutert Herr Hagedorn, dass es sich hierbei um Investoren, Wohnungsbauer, Banken und soziale Träger handele.

-.-.-

Zu Punkt 12

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2017 bis 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4903/2014-2020

Frau Bueren informiert über die wesentlichen Punkte der verbindlichen Bedarfsplanung und stellt diese in einer Präsentation (**Anlage 4**) dar. Die Erhebung exakter Zahlen gestaltete sich schwierig und baue auf bereits vorhandenen Zahlen auf. Es müsse auch immer der sich abzeichnende „Trend“ zu mehr stationärer, teilstationärer bzw. ambulanter Pflege berücksichtigt werden. Auch der Punkt Betreutes Wohnen bzw. Wohngemeinschaften sei verstärkt zu berücksichtigen.

Im Anschluss an den Vortrag ergibt sich eine Diskussion, in der Fragen von Frau Dehmel, Frau Schmidt, Frau Huber und Herrn Link beantwortet werden.

Frau Huber bringt einen Denkanstoß in die Diskussion ein. Es solle sich mit der Erweiterung der Beschlussvorlage um einen weiteren Punkt, hier dann Punkt 4, zum Thema Nachtpflege befassen werden.

Herr Link beantragt eine Verschiebung der Abstimmung auf einen späteren Zeitpunkt. Dies lehnt der Seniorenrat mit Mehrheit ab.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke schlägt eine Erweiterung des Beschlusses, für die Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2017 bis 2019, vor:

„Punkt 4. Es ist zu prüfen, inwieweit für die Bedarfsplanung 2017 bis 2019 die Nachtpflege mit aufzunehmen ist.“

Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet die Anwesenden um Abstimmung der Erweiterung.

Beschluss:

4. Es ist zu prüfen, inwieweit für die Bedarfsplanung 2017 bis 2019 die Nachtpflege mit aufzunehmen ist.

- mehrheitlich angenommen –

Sodann fasst der Seniorenrat folgenden

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat zu empfehlen, unter Berücksichtigung des Änderungsbeschlusses, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2017 - 2019 kein Bedarf an zusätzlichen stationären Pflegeplätzen besteht. Der Bedarf wird durch entsprechende Angebote in ambulanten und in kleinteiligen Wohn- und Pflegearrangements gedeckt. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Angebotsformen zur Sicherung einer umfassenden Pflege zu unterstützen.**
- 2. Es besteht ein Bedarf an zusätzlichen Tagespflegeplätzen in Bielefeld. Bereits vorliegende Interessensbekundungen von Trägern lassen bis 2019 so viele zusätzliche Tagespflegeplätze erwarten, dass dann von einer gesicherten Versorgung ausgegangen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, Träger von Tagespflegeangeboten bei der Umsetzung wohnortnaher Tagespflegeeinrichtungen zu unterstützen. Eine gleichmäßige sozialräumliche Verteilung der Tagesangebote ist dabei zu verfolgen.**
- 3. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2017-2019 wird zugestimmt.**
- 4. Es ist zu prüfen, inwieweit für die Bedarfsplanung 2017 bis 2019 die Nachtpflege mit aufzunehmen ist.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Leitbild der Bildungsregion Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4493/2014-2020

Frau Schönemann stellt das Leitbild der Bildungsregion Bielefeld vor. Das Leitbild stelle verschiedene Leitziele, Leitlinien und Handlungsziele dar. Das Leitbild stelle den Orientierungsrahmen dar und benenne keine Projekte direkt. Der Blick sei gerichtet vom Allgemeinen ins Spezielle.

Auf Nachfragen von Frau Sonnenberg und Herrn Heine, ein „Bildungsbüro“ zu verankern und Ziele für Senioren fehlen in dem

Leitbild, antwortete Frau Schönemann ausführlich, Anregungen werden dankend aufgenommen.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Bielefelder Gesundheitsziele 2017-2022**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4910/2014-2020

Frau Petzold stellt die Bielefelder Gesundheitsziele 2017 – 2022 in einer Präsentation (**Anlage 5**) vor. Der Prozess der Veränderung in den bisherigen und zukünftigen Zielen wird intensiv dargestellt. Diese Ziele sind u.a. Bürgerinnen und Bürgerorientierung, Gesundheitliche Chancengleichheit und Prävention und Gesundheitsförderung.

Im Anschluss an den Bericht werden Fragen von Frau Sonnenberg und Vorsitzenden Herrn Dr. Aubke beantwortet. Die Fragen wurden zu den Themen:

Frauen anders krank als Männer, Berücksichtigung des LSBTI* Berichtes, Senioren seien kaum berücksichtigt in dem Bericht und ein Lebensform bezogener Blick (z.B. Alkoholabhängigkeit älterer Menschen, alter und Pflege etc.) sei nicht erkennbar, gestellt.

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat zu empfehlen, den Bielefelder Gesundheitszielen 2017-2022 zuzustimmen und ihre Umsetzung im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 **Berichte aus Ausschüssen, Arbeitskreisen, von beratenden Mitgliedern sowie aus den Bezirksvertretungen**

Frau Schmidt vom **Arbeitskreis Wohnen im Alter und Pflegeeinrichtungen** weist auf das Projekt Vorbereitet älter werden hin. Termine zur Vorstellung hierfür seien bei der Katholischen Kir-

chengemeinde in Schildesche und im Sozialverband in Schildesche im September. Der Arbeitskreis solle hierbei tatkräftig unterstützen, ein Artikel im Monokel wäre wünschenswert.

Aus dem **Arbeitskreis Kultur, Weiterbildung und Sport** berichtet Frau Sonnenberg. Man habe sich intensiv mit der „Aktion runter vom Sofa“ befasst. Nähere Verfahrensabläufe seien festgelegt worden, wie T-Shirt bedrucken, Probeveranstaltung etc. Die Presse solle vorab informiert werden. Themen für die Sondersitzung des Seniorenrates im Juli seien ausgearbeitet worden.

Herr Wilker berichtet aus dem **Arbeitskreis Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**. Frau Tietz vom Amt für Verkehr habe die geplante Umgestaltung des Jahnplatzes, zur Reduzierung der Stickoxidbelastung vorgestellt, genaueres sei aber noch nicht beschlossen worden.

Im **Arbeitskreis Gesundheit** sei das Thema „öffentliche Toilette“ behandelt worden, berichtet Frau Dehmel.

Herr Heine berichtet aus dem **Kulturausschuss**, dass die Haushaltspläne beschlossen worden seien und man sich mit der Umgestaltung der Oetker Halle befasst habe.

Aus einer gemeinsamen Sitzung des **Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses** berichtet Herr Donath. Es wurde ein Antrag auf Förderung für die Bewerbung zum Wettbewerbsaufruf Emmisionfreie Innenstadt beschlossen.

Im **Sozial- und Gesundheitsausschuss** wurde sich intensiv mit der Wohnungslosenhilfe und mit den geförderten Maßnahmen für Flüchtlinge befasst, berichtet Frau Huber.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke, berichtet von der **Regionalkonferenz** der Seniorenräte in Detmold. Die Situation des Seniorenrates in Bielefeld zu anderen Seniorenräten in OWL stelle sich als durchweg positiv dar.

Zu Punkt 16 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es gibt nichts zu berichten

Dr. Aubke
(Vorsitzender)

Puller
(Schriftführung)